



**DIE GRÜNEN**



***DER GRÜNE  
REGIONENREPORT***



### ***Impressum***

Inhalt: Heidi Rest-Hinterseer, Günther Marchner

Redaktion: Maria Riedler

Fotos (falls nicht anders angegeben): C. Prieler, B. Miklautz, M. Schneider

Grafik: [b.miklautz@modularplus.com](mailto:b.miklautz@modularplus.com)

In Kooperation mit der Grünen Bildungswerkstatt

## **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort Eva Glawischnig-Piesczek	4
Vorwort Heidi Rest-Hinterseer	5
<b><i>I. Regionen in der Krise</i></b>	<b>6</b>
1. Periphere und strukturschwache Regionen	8
2. Gemeinden an Transitkorridoren	11
3. Regionen mit Intensivtourismus	13
4. Stadt-Umland-Gebiete	14
5. Innerstädtische Peripherien	15
<b><i>II. Politische Verantwortung für die Gestaltung regionaler Lebensbedingungen</i></b>	<b>16</b>
1. Konkurrenz statt Kooperation	19
2. Sozialer und demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf Gemeinden	20
3. Schwindende Finanzkraft	20
4. Sozial- und Gesundheitsversorgung	21
5. Bildung	22
6. Die regionale Ebene als „geschlossene Gesellschaft“	22
<b><i>III. Exkurs in die Gleichstellungspolitik</i></b>	<b>24</b>
<b><i>IV. Eine andere Politik für Regionen ist möglich</i></b>	<b>27</b>
1. Für Nahversorgung	27
2. Für Förderung von arbeitsschaffenden Kleinunternehmen	28
3. Für Begrenzung des Transitverkehrs	28
4. Für Zukunftsfähigkeit von Tourismusregionen	29
5. Für nachhaltige Raumentwicklung	30
6. Für Gesamtökologisierung der Politik im ländlichen Raum	31
7. Für verbesserten Zugang zu Bildung und Wissen	32
8. Für gleichstellungsorientierte Regionalplanung	32
9. Für aufgabenorientierte Stärkung der Finanzkraft	34
10. Für Förderung interkommunaler Kooperationen	34
<b><i>V. Zukunftsfähige Regionen</i></b>	<b>36</b>



## Vorwort

Die Grünen haben in dieser Broschüre die drängendsten Fragen zum Thema Regionen zusammengestellt und Strategien zur Lösung der wichtigsten Probleme dokumentiert. Die bedrohte Vielfalt regionaler Lebensräume und damit die Minderung der Lebensqualität erfordern zukunftsweisende politische Antworten.

Es braucht daher dringend politische Alternativen, um vermeidbare Benachteiligungen zwischen Gebieten zu verhindern und Österreichs Regionen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Dazu zählen nicht nur gleichwertige Lebensbedingungen, sondern auch gleichwertige Berufschancen und ein gesicherter Zugang zu öffentlicher Infrastruktur – in den Zentren sowie auch in den Tälern und auf dem „flachen Land“. Diese Broschüre leistet durch zahlreiche Lösungsvorschläge einen wichtigen Beitrag für eine zukunftsfähige Gestaltung von Österreichs Regionen.

Ihre

Eva Glawischnig-Piesczek

Umweltsprecherin und Stellvertretende Bundessprecherin der Grünen

Die Kluft zwischen dynamisch-erfolgreichen (Stadt-)Regionen einerseits und strukturschwachen und peripheren Regionen andererseits wird tiefer:

Städte und Ballungszentren sind die Gewinner des weltweiten Phänomens der Globalisierung. Alles, was hingegen klein, langsam oder räumlich abgelegen ist, gilt nicht mehr als wettbewerbsfähig, rentabel oder förderungswürdig.

Dabei gehören gerade Umweltzerstörung, Überserschließung, Verkehrsbelastung im Umfeld von Ballungsräumen und in Regionen mit Intensivtourismus sowie an Transitkorridoren zu den Folgen eines ungebremsten Wachstumswahns. Dieser Tendenz halten wir die unglaubliche Vielfalt unserer Regionen, wo die Arbeitsplatzsicherung in Gemeinden und Regionen und die Grundversorgung bis in die Peripherie gelingen kann, entgegen.

Soziale Identifikation und Mitbestimmung der BürgerInnen müssen gefördert und Rahmenbedingungen geschaffen werden – für die Teilhabe von Frauen und Männern, von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen in Österreich.



Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Heidmarie Rest-Hinterseer".

Heidmarie Rest-Hinterseer

Regionen- und Tourismussprecherin der Grünen

# ***I. Regionen in der Krise***

## ***Übersicht***



### ***1. Periphere und strukturschwache Regionen***

***... 8***

Was haben Berggebiete, agrarisch geprägte Grenzregionen (z. B. Osten und Südosten Österreichs) und Regionen mit rückläufiger und krisenhafter Industrie (z. B. Obersteiermark) gemeinsam? Ihre zentralen gemeinsamen Merkmale sind: eine unterdurchschnittliche regionale Wirtschaftskraft, Verlust an Arbeitsplätzen, eine hohe Pendlerquote, Abwanderung junger und qualifizierter Menschen, Probleme mit Nahversorgung und öffentlicher Infrastruktur. Davon sind vor allem weniger mobile und sozial schwache Bevölkerungsgruppen betroffen. Eine unmittelbare Folge dieser Entwicklung: Die Gemeinden haben massive Finanzierungsprobleme.



### ***2. Gemeinden an Transitkorridoren***

***... 11***

Was verbindet alpine Täler, durch die Autobahnen führen, Transitstrecken an den Hauptachsen zwischen Ballungsräumen sowie zukünftig zu erwartende Transitkorridore in Ostösterreich? Ihre zentralen gemeinsamen Merkmale sind: enorme Verkehrsbelastung und Gesundheitsgefährdung sowie Verlust von Attraktivität und Naherholungsräumen.



### ***3. Regionen mit Intensivtourismus***

***... 13***

Dies sind vor allem Täler in den Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten. Ihre gemeinsamen Merkmale sind: die höchsten Tourismusraten Österreichs und ein geringer Anteil des verfügbaren Dauersiedlungsraums an der Gesamtfläche. Gekennzeichnet sind sie durch einen übermäßigen Flächen- und Ressourcenverbrauch, Verkehrsbelastung, wirtschaftliche Monostrukturen und Überkapazitäten sowie den Druck, noch weitgehend unberührte Landschaftsteile ebenfalls für touristische Zwecke zu erschließen.



#### **4. Stadt-Umland-Gebiete**

**... 14**

Das sind die Nachbargemeinden größerer Städte und teilweise auch Bezirkszentren mit einem verstärkten Bevölkerungszuzug sowie einer besonderen wirtschaftlichen Dynamik. Ihre zentralen Merkmale: Verkehrsbelastung, Flächen- und Ressourcenverbrauch, Zersiedelung mit hoher Infrastrukturbelastung der Kommunen, Gefährdung von Grün- und Freiflächen, Großformen von Handel und Freizeitindustrie an Knotenpunkten und Verkehrskorridoren sowie ein Standortwettbewerb zwischen den Gemeinden.

#### **5. Innerstädtische Peripherien**

**... 15**

Hier geht es um Stadtteile, die zwischen die „Fronten“ von Zentrum und Stadt-Umland-Gebieten geraten sind. Zu den zentralen Merkmalen zählen: Entwertung von Stadtteilen vor allem im Hinblick auf Wohnbestand, Versorgungsinfrastruktur und Lebensqualität sowie eine enorme Verkehrsbelastung durch die immer stärkere Beanspruchung der Hauptachsen.



## 1. Periphere und strukturschwache Gebiete

Seit dem Autobahnausbau hat sich die Kluft zwischen Salzburger Lungau und Salzburger Zentralraum vergrößert. Die veränderte Erreichbarkeit im Raum Niederösterreich führt zu einer Verdichtung im Wiener Umfeld: Zunahme an Bevölkerung, Auspendeln, Konzentration an Produktion und Dienstleistungen, die gleichzeitig zu einem Kaufkraftabfluss aus ländlichen Regionen sowie auch aus der Stadt Wien in die Einkaufszentren im „Speckgürtel“ führen.

Wirtschaftlicher Strukturwandel sowie Verkehrs- und Technologieentwicklung führen dazu, dass Gemeinden und Regionen außerhalb dynamischer Ballungsräume und Hochleistungskorridore seit Jahrzehnten Bevölkerung und Arbeitsplätze an Zentralräume verlieren. Dort, in den Zentralräumen, entstehen vorrangig neue Branchen und Arbeitsplätze.

Rationalisierung, Unternehmenskonzentration bzw. Standortverlagerung führen zum Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie und in großen Dienstleistungsunternehmen. Die Kluft zwischen dynamischen Ballungsgebieten einerseits und ökonomisch schwächeren Regionen andererseits wird größer. Dieser Trend spiegelt sich in der Zunahme des Erwerbspendelns sowie in den Wanderungsbewegungen wider.

### *Hochrangige Verkehrsinfrastruktur als Trendverstärker*

Der Ausbau hochrangiger Verkehrsinfrastruktur verstärkt und unterstützt die Konzentration von Produktion und Dienstleistungen und bevorzugt Ballungsräume. Der Anschluss von Regionen an hochrangige Verkehrsnetze (Autobahnen) bewirkt keinen Entwicklungsschub für die Regionen, sondern im Gegenteil: Er wertet Zentralräume auf. Diese gewinnen an Bevölkerung und Wirtschaftskraft. Sie ziehen Kaufkraft, Arbeitskraft und Investitionskapital aus umliegenden ländlichen Regionen ab. Gewinner dieses Prozesses sind jedoch nicht die Kernstädte, sondern aufgrund der Grundstücks- und Wohnungspreise vor allem die wachsenden Stadt-Umland-Gebiete.

Einige Zahlen zum Lebensmitteleinzelhandel (2004): Laut Salzburger Wirtschaftskammer gibt es in Salzburg aktuell 1 Mio. m<sup>2</sup> Verkaufsfläche. Das ist ein überdurchschnittliches Flächenangebot von 300.000 m<sup>2</sup>

### *Konzentration der Versorgung auf wenige Standorte*

Durch den Strukturwandel im Handel entstehen immer weniger Standorte in verkehrsgünstiger Lage. Dieser Prozess führt letztendlich zum Kaufkraftabfluss aus Regionen und zum Rückgang der flächigen Versorgungsstruktur. Einzelhandelsgeschäfte und kleine Filialbetriebe größerer Unternehmen werden aus den peripheren Regionen zurückgezogen und an zentralen Standorten konzentriert, bei gleichzeitiger Vergrößerung der durchschnittlichen Verkaufsflä-



chen. Damit werden nicht nur bisher betriebliche Transportkosten auf die privaten Haushalte umverteilt, sondern es werden auch jene benachteiligt, die am motorisierten Individualverkehr aus finanziellen oder sonstigen Gründen nicht teilhaben können. Nach wie vor kann rund die Hälfte der Bevölkerung nicht uneingeschränkt über ein eigenes Kfz verfügen. Die soziale Qualität der ländlichen Regionen ist dort in Gefahr, wo diese Entwicklung zu einer infrastrukturellen Verödung und zum Ausschluss vieler vom gesellschaftlichen Leben führt.

### ***Flächendeckende Nutzung durch land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung. Wie lange noch?***

41 % der österreichischen Staatsfläche werden landwirtschaftlich, 47 % forstwirtschaftlich genutzt. Zwei Drittel des Staatsgebiets zählen zum Alpenraum, ausgestattet mit besonderen Rahmenbedingungen und Merkmalen: kleinräumig, klein strukturiert, ökologisch sensibel. Der permanente Strukturwandel in der Landwirtschaft stellt eine weitgehend flächendeckende Bewirtschaftung infrage. Damit stehen grundsätzliche Aufgaben des ländlichen Raums neu zur Debatte. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten wirtschaftlichen Wertschöpfung sowie die Anzahl an Betrieben und Arbeitsplätzen nehmen laufend ab und spielen damit eine immer geringere Rolle als Arbeitsplatzfaktor. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe. Sie sind auf außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze angewiesen. Gleichzeitig spielt aber die flächendeckende Bewirtschaftung eine zentrale Rolle für landschaftliche Attraktivität und damit für den Tourismus.

Fläche mehr als noch vor 10 Jahren. Laut dem Institut RegioPlan (Jahr 2000) gibt es in Österreich in 320 Gemeinden oder für 270.000 Menschen keine Nahversorgung mehr. Davon sind allein in der Steiermark 145 Gemeinden betroffen, aber auch Kärnten, Osttirol und das südliche Burgenland zählen zu den Verlierern der letzten Jahre.

Österreich hat, bezogen auf die Landesfläche, innerhalb der EU mit 70 % den höchsten Anteil an Berggebieten. 52 % der Landwirtschaftsbetriebe liegen im Berggebiet. 80 % der Landesfläche liegen laut Gemeinschaftsverzeichnis der EU in benachteiligten Gebieten.

Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft: 2003 gab es 199.470 Betriebe, davon ca. 36,9 % im Haupterwerb) sowie 59,5 % im Nebenerwerb, der Rest (3,6 %) waren juristische Personen (z. B. Agrargemeinschaften, Gesellschaften). Ca. 41 % aller Betriebe bewirtschaften weniger als 10 ha Kulturfläche. 39 % aller Betriebe gelten als Bergbauernbetriebe. Dies bedeutet, dass der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe dominiert. Wesentlich ist jedoch, dass seit dem EU-Beitritt die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe stärker zurückgegangen (14 %) ist als die der Haupterwerbsbetriebe (1 %).

Angaben des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger aus dem Jahr 2002 machen die Struktur der österreichischen Unternehmenslandschaft deutlich: 83,6 % der österreichischen Unternehmen haben zwischen 1–9 MitarbeiterInnen, jedes zweite Unternehmen hat lediglich 1–3 MitarbeiterInnen; 13,3% haben 10–49 MitarbeiterInnen, 2,7 % zwischen 50–299, nur 0,4 % haben 300 und mehr MitarbeiterInnen.

### ***Arbeitsschaffende Unternehmen werden benachteiligt***

In der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur drückt sich ein Trend deutlich aus: Nicht internationale Industriebetriebe, große Dienstleistungsunternehmen oder der staatliche Sektor sichern Arbeitsplätze, sondern der Sektor der Klein- und Mittelbetriebe und der Selbstständigen. Eine staatliche Wirtschafts-, Steuer- und Förderungspolitik, die vorrangig auf große exportorientierte Unternehmen ausgerichtet ist, geht an der Realität der österreichischen Unternehmenslandschaft vorbei: Diese ist vor allem durch Kleinstrukturiertheit geprägt.



## 2. Gemeinden an Transitkorridoren

Nach wie vor wird in Österreich dem Anwachsen des Verkehrs mit dem Bau neuer Straßen statt neuer Konzepte begegnet. Mehr als ein Viertel der Wirtschaftsleistung wird dabei bereits für Verkehr ausgegeben, mit steigender Tendenz. Die Bevölkerung legt jährlich mehr als 110 Mrd. km zurück, 70 % davon mit dem Pkw. Wachsende Staus verursachen einen wirtschaftlichen Schaden von 3,4 Mrd. Euro im Jahr. Der öffentliche Verkehr und Radfahren verlieren Anteile am Gesamtverkehrsaufkommen. 53 % der Wege in Österreich werden mit dem Auto zurückgelegt. Dagegen wird in den Niederlanden, in Deutschland oder auch in der ebenfalls großteils gebirgigen Schweiz mehr mit dem Fahrrad und mit der Bahn gefahren. Die zunehmende Arbeitsteilung einerseits und die Spezialisierung in der Wirtschaft andererseits sowie niedrige Transportkosten führen zum Anwachsen des Transports von Halbfertigwaren. Sowohl der Personen- als auch der Güterverkehr nehmen zu. Während sich die Mobilität (Anzahl zurückgelegter Wege, durchschnittlicher Zeitaufwand) nicht ändert, nehmen jedoch die Entfernungen und Verkehrsleistungen – vor allem für den Straßenverkehr – zu. Neben dem hausgemachten Pendel- und Einkaufsverkehr sowie dem Freizeit- und Tourismusverkehr bildet der Transitverkehr mit Lkw – also: verlagerbarer Langstreckenverkehr – einen besonderen Belastungsfaktor. Die Bevölkerung von Anrainergemeinden an Transitkorridoren und hochrangigen Verkehrsachsen – wie zum Beispiel in den ökologisch sensiblen Alpengebieten – leidet durch die Beeinträchtigung der Gesundheit und Lebensqualität (Emissionen, Lärmbelästigung). Die betroffenen Gemeinden verlieren an Attraktivität. Nach der Erweiterung der EU zeichnet sich ein vergleichbares Szenario auch für zukünftige Anrainergemeinden neuer hochrangig ausgebauter Korridore im Osten Österreichs ab.

In einer „reifen“ Wirtschaft, deren zentrale Faktoren Information und Wissen darstellen, bildet die Verkehrsinfrastruktur keinen entscheidenden Standortfaktor mehr. Erfahrungen innerhalb der Europäischen Union zeigen, dass es keinen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung und „Transportintensität“ gibt. Die wirtschaftlich erfolgreichsten EU-Staaten (Dänemark, Irland und Luxemburg) weisen sogar die niedrigste Transportintensität auf.

Im Juni 2003 fuhren 118.000 schwere Lkws über den Brenner, ein Jahr später waren es bereits 160.000. Auf der Tauernautobahn ist der Lkw-Verkehr seit 1998 um 20 % gestiegen, und auf der Wörtherseeautobahn fahren um 25 % mehr Lkws als vor fünf Jahren.

In immer mehr Arbeiten, zuletzt in der Schweizer Studie „Wirkungsketten Verkehr – Wirtschaft“, warnen ForscherInnen vor einer pauschalen Gleichsetzung, eine bessere Verkehrserschließung bringe einen regionalwirtschaftlichen Entwicklungsimpuls.



Die 1988 eingestellte Vinschgaubahn in Südtirol (Meran–Mals) wurde aus regional- und verkehrspolitischen Überlegungen im Mai 2005 wieder eröffnet und befördert täglich eine mitunter vierstelligen Zahl von Fahrgästen.

In den entwickelten Industriestaaten, insbesondere auch in Österreich, ist die Verkehrsinfrastruktur bereits so weit ausgebaut, dass Unterschiede zwischen den Staaten keinen messbaren Einfluss mehr auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Ziel einer zukunftsweisenden Verkehrsinfrastrukturpolitik kann nicht die Forcierung hochrangiger Straßen sowie die Beschränkung auf wenige Bahnkorridore sein. Die Zukunft liegt in der Optimierung regionaler Verkehrsnetze. Eine kooperative Infrastrukturpolitik sorgt für intelligente Standorte: Interkommunale Kooperationsprojekte schaffen Gewerbegebiete mit Bahnanschluss. Statt Regionalbahnen einzustellen, werden diese modernisiert (denn: Einstellungen bewirken kaum Spareffekte, sondern Folgeschäden für das Hauptnetz, mit neuen Konzepten kann hingegen etwas bewirkt werden).



Foto: Zederhaus, Robert Batlogg

### 3. Tourismusgebiete

Regionen mit Intensivtourismus wie in den Bundesländern Tirol, Salzburg oder Kärnten sind mit einem enormen Flächen- und Ressourcenverbrauch, einer hohen Verkehrsbelastung sowie einem zunehmenden Druck konfrontiert, bislang unberührte Landschaften und ökologisch sensible Zonen zu erschließen. Gleichzeitig ist gerade im alpinen Raum der verfügbare Platz für Wohnen, Wirtschaften und andere Nutzungen eingeschränkt, so dass die Flächennutzung auch an absolute Grenzen stößt.

In den Alpenregionen wirken sich Lärm und Abgasbelastung extrem negativ aus. Jeder fünfte in Österreich gefahrene Pkw-Kilometer wird für Urlaub und Tagesausflüge verwendet. Österreich ist, bezogen auf die Nächtigungszahlen pro EinwohnerIn, zwar Tourismusland „Nummer eins“ in Europa, der Sommertourismus als wichtiges Standbein verliert jedoch an Bedeutung. So sind die Nächtigungszahlen im Sommertourismus seit 1994 österreichweit um 10 % gesunken, in Tirol um 20 %. Für diesen Rückgang ist nicht nur die Konkurrenz mit Fernreisen verantwortlich, sondern auch der steigende Straßenverkehr. Laut Verkehrsprognose zum Generalverkehrsplan bis 2015 wird eine Zunahme des Güterverkehrs um ca. 50 % erwartet, besonders im Transitverkehr mit den neuen EU-Mitgliedsländern. Insgesamt wird, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, eine starke Zunahme des Langstreckenverkehrs auf der Straße erfolgen, während die Schiene nachhinkt.

Der Straßenverkehr steht im Widerspruch zu Gästebedürfnissen. Laut einer Umfrage unter deutschen Gästen zählen für einen Urlaub in Österreich Erholung und eine intakte Natur zu den wichtigsten Gründen. In vielen Gebieten zeigt sich jedoch, wie sehr Straßenbau und Verkehr dem Tourismus schaden.

Der Flächen- und Ressourcenverbrauch vernichtet Lebensräume wie auch Entscheidungsspielräume. Wachsende Konkurrenz, Vergrößerung der touristischen Einzugsgebiete, die Erschließung neuer Destinationen, die Auslastungszahlen: Dies alles übt Druck aus auf Nutzung und Erschließung.

Das Wipptal an der Brennerstrecke, dessen Tourismus noch in den 1960er-Jahren gleichrangig mit dem benachbarten Stubaital war, ist seit dem Bau der Brennerautobahn aber stark ins Hintertreffen geraten.

Laut dem Österreichischen Alpenverein sind aktuell 14 unberührte Gebiete durch Ski-Erschließungsprojekte gefährdet. Nicht zuletzt im Bundesland Tirol mit einem Dauersiedlungsraum von 13,2 % an der gesamten Landesfläche und einem enormen Konkurrenzkampf um verschiedene Nutzungen versuchen Touristiker dem Rückgang des Sommertourismus vermehrt mit der Errichtung flächenintensiver Golfplätze zu begegnen. Die Raumordnung wird dabei völlig ins Abseits gestellt. Die Nachfrage nach Zweitwohnsitzen ist in reizvollen Tourismusgebieten besonders hoch und gerät dabei nicht nur in Konflikt mit dem Natur- und Landschaftsschutz, sondern auch mit berechtigten Ansprüchen der heimischen Bevölkerung.

#### **4. Stadt-Umland-Gebiete**



Die Stadt-Umland-Gebiete zählen zu den Regionen mit dem größten Bevölkerungszuwachs und einem enormen Flächenverbrauch für Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Verkehrsinfrastruktur. Diese Dynamik gefährdet und bedroht die Naturräume ebenso wie die Lebensqualität der Menschen.

Stadt-Umland-Gebiete sind „Ballungsräume des Verkehrs“, geprägt von Überlastung, Stau und Emissionen. Laut Prognose des Verkehrsclubs Österreich wird insgesamt ein starkes Anwachsen des Personenverkehrs – bei gleichzeitig geringerem Wachstum des öffentlichen Verkehrs – erwartet, besonders ausgeprägt in Stadt-Umland-Gebieten.

- Aufgrund des Traums vom Wohnen im Grünen wächst der Flächenverbrauch vor allem in Stadt-Umland-Gemeinden. 50 % der Neubauten sind Einfamilienhäuser und verursachen eine Zunahme bei den Haushalten und Zweitwohnungen bei gleichzeitiger Abnahme der Haushaltsgrößen.
- Der Einzugsbereich in Städte in der Nähe von Verkehrsknoten bildet bevorzugte Standorte für Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen. Diese zählen zu maßgeblichen Verkehrserregern. Der Flächenbedarf der Wirtschaft richtet sich nach den Anforderungen

an die Zeitökonomie: Flexibilität, Erreichbarkeit, Schnelligkeit. Daher werden gerade verkehrsgünstige Stadtrandlagen zu begehrten Standorten. Der Verdrängungswettbewerb im Handel wird über Betriebsgrößen geführt. Flächenintensive Industrie- und Gewerbegebäude am Stadtrand stellen die kostengünstigste Variante dar, solange viele Folgekosten der Allgemeinheit zur Last fallen.

Der enorme Flächenverbrauch für Verkehr, Wohnen und Wirtschaft gefährdet Grün- und Freiräume, die gerade für Naherholung als auch ökologische Ausgleichsflächen eine wichtige Rolle spielen.

## 5. Innerstädtische Peripherien

Früher interessante urbane Gebiete geraten im Zuge der „Fragmentierung“ der Städte zwischen die Fronten von Zentrum und Stadt-Umland. Sie erleben eine totale Entwertung und werden zu abgewohnten Stadtteilen mit Krisensymptomen sozialer und wirtschaftlicher Art.

Zu den zentralen Merkmalen zählen die Verwahrlosung des Wohnbestands, eine Verschlechterung der Versorgungsinfrastruktur und Lebensqualität sowie enorme Belastungen entlang der immer stärker verkehrsbeanspruchten Hauptachsen. Das Aussterben der Nahversorger in diesen Regionen führt zur weiteren Zunahme des Verkehrs.



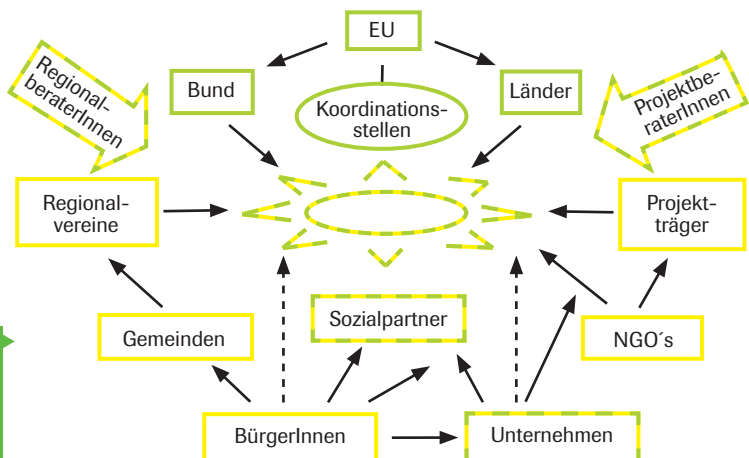
## II. Politische Verantwortung für die Gestaltung regionaler Lebensbedingungen

Nicht nur die allgemeine Wirtschafts-, Sozial- und Regionalpolitik von EU, Bund und Ländern, sondern auch Gemeinden, regionale Organisationen und Netzwerke gestalten den Lebensraum sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung mit. Gemeinden und Regionen sind nicht nur „Objekte“ der Politik, sondern ebenso handelnde „Subjekte“.

Gemeinden sind mit einer Reihe von Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben konfrontiert. Die regionale Ebene wird zunehmend nicht nur als notwendige Ebene für Koordination und Kooperation gesehen, sondern gilt ebenso als Potenzial für entwicklungspolitische Netzwerke.

Im Sinne einer Gesellschaft mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Demokratie wird es in Zukunft entscheidend sein, über welchen eigenständigen Gestaltungs- und Entwicklungsspielraum Gemeinden und Regionen verfügen können.

Es wird auch entscheidend sein, wie sie diese Spielräume gestalten und wie partizipativ und demokratisch Planungs- und Entscheidungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene erfolgen.



„Räumliches Mehrebenensystem der Regionalpolitik“ nach Elisabeth Aufhauser:



### **Gemeinden**

Sie sind verantwortlich für Flächenwidmung und örtliche Raumordnung und für die Bereitstellung kommunaler und sozialer Infrastruktur (Kinderbetreuung, Altenbetreuung usw.).

### **Länderkompetenzen**

In deren Kompetenz liegt sowohl die Raumordnung als auch die Gestaltung von Einrichtungen und Strukturen für Energie- und Infrastrukturversorgung (Standortentwicklung). Weiters verantworten sie mit Bauordnung und Wohnbauförderung wichtige Rahmensetzungen räumlicher Entwicklung und sind mitverantwortlich für Sozial-, Bildungs- und Infrastruktureinrichtungen.

### **Bundeskompentzen**

Auf der Bundesebene ist eine Reihe von sektoralen Bereichen angesiedelt, die jedoch regionale Entwicklungen wesentlich mitbestimmen, wie das Arbeitsrecht, das Steuerrecht (Grundsteuer!), die Wirtschaftsförderung, Umweltförderungen und öffentliche Infrastrukturen (Schulen, Universitäten, hochrangige Verkehrsinfrastruktur, Telekom, Post), auch diverse Sachmaterien wie Wasserrecht oder Forstrecht. Auf Bundesebene gibt es hingegen keine hoheitliche Kompetenz für die Raumordnung. Die österreichische Raumordnungskonferenz – als freiwillige Kooperation der Gebietskörperschaften – hat nur koordinierende und beratende Funktion. So gibt es auch z. B. für das österreichische Raumentwicklungskonzept keine bundesweite Umsetzungskompetenz, diese ist Ländersache.

### **Die Ebene der Europäischen Union**

Ziele, Strategien und Instrumente der Europäischen Union üben einen wesentlichen Einfluss aus:

- Rechtliche Regulierungen beeinflussen die räumliche Handlungskompetenz von Unternehmen und BürgerInnen: der freie Binnenmarkt, das Verbot räumlicher Bevorzugung, die Verpflichtung zur Sicherung räumlicher Ressourcen oder das Umweltrecht.





- Die Struktur- und Kohäsionsfonds (Zuschüsse) dienen den Zielen des regionalen Ausgleichs und der Strukturverbesserung (Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, europäische territoriale Zusammenarbeit).
- Eine besondere Rolle spielt die Agrarpolitik (Strukturanpassungen, Ökologisierung). Die vorwiegend sektoral orientierte Agrarpolitik wird durch die Reform der Agenda 2000 in eine integrierte Strategie für ländliche Entwicklung weiterentwickelt. Mit dem Programm „ELER“ wird ein neuer Ansatz für den Zeitraum 2007 bis 2013 vorgelegt.
- Von Raumrelevanz sind EU-Programme für Umwelt, Verkehr, Forschung und Entwicklung: Umweltaktionsprogramme (TEN: Trans-europäische Verkehrsnetze; Natura 2000-Schutzgebiete mit verbindlicher räumlicher Festlegung im Umweltbereich, Umweltaktionsprogramme).
- Darüber hinaus beeinflussen Programme und Leitbilder ohne Rechtskompetenz, wie zum Beispiel das europäische Raumentwicklungskonzept die Raumordnung der Mitgliedsländer der Europäischen Union.

### ***Weitere internationale Verträge und Vereinbarungen***

Abgesehen von Zielen und Strategien der Europäischen Union ist die Alpenkonvention als ein für viele österreichische Regionen relevantes und rechtsverbindliches Programm für Schutz und nachhaltige Entwicklung zu nennen. Eine besondere Rolle spielt die Lokale Agenda 21, die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene.

### ***Die zunehmende Bedeutung horizontaler Kooperationen***

Horizontale Kooperationen zwischen Gebietskörperschaften erhalten zunehmende Bedeutung für die Bewältigung gemeinsamer Planungs- und Entwicklungsfragen. Einerseits zählen dazu Zusammenschlüsse von Gemeinden zu Regional- und Gemeindeverbänden, andererseits auch überregionale und transnationale Zusammenschlüsse (ARGE

Alpen, Nationalparke, Planungsgemeinschaft Ost, Gentechnikfreie Regionen, Euregios).

Besonders seit dem EU-Beitritt wird Kooperation auf regionaler Ebene für Wirtschafts- und Standortentwicklung forciert. Die Teilnahme an regionalen Förderprogrammen „zwingt“ zu mehr Kooperation. Die Umsetzung der EU-Regionalpolitik erfordert dementsprechende Organisationen und Strukturen.

Eine besondere Spielart bilden so genannte Euregios zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie zum Beispiel im Raum Salzburg/Bayern.

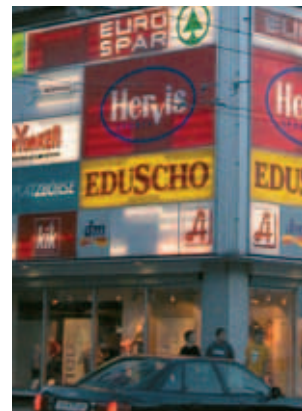
Dafür wurden in Österreich Regionalmanagementstellen als Schnittstellen zwischen den Gebietskörperschaften, Betrieben und Interessensvertretungen eingerichtet, getragen von regionalen Entwicklungsorganisationen mit unterschiedlichen Eigentümer- und Organisationsstrukturen.

## 1. Konkurrenz statt Kooperation

Die Gestaltung von Lebensräumen und die Sicherung der Lebensqualität können aufgrund der Verflechtungen, Wirkungen und Herausforderungen nicht mehr auf Gemeindeebene alleine gelöst werden. Was in einer Gemeinde entschieden wird (beispielsweise die Errichtung eines Einkaufszentrums), hat immer Auswirkungen auf benachbarte Gemeinden.

Gemeinden stehen im Standortwettbewerb um die Ansiedlung von Betrieben, Versorgungseinrichtungen oder Hauptwohnsitzen. Diese Tatsache behindert notwendige Kooperationen in Raumordnungs-, Infrastruktur- und auch Standortfragen sowie eine gemeinsame Entwicklungspolitik.

Ein klassisches Beispiel dafür bildet die Konkurrenz zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden im „Speckgürtel“ (beispielsweise Salzburg mit Wals-Siezenheim oder Wien mit Vösendorf, Linz mit Pasching etc). Denn die Umlandgemeinden profitieren von ihrer Standortlage im Einzugsbereich der Städte (z. B. Bevölkerungszuzug, Gewerbeansiedlungen, Einkaufszentren). Neben der Kommunalsteuer heizt eine Politik, die den Standortwettbewerb noch forciert, das Konkurrenzdenken an.



## **2. Sozialer und demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf Gemeinden**



Die demographische Entwicklung führt allgemein zu einer älter werdenden Gesellschaft. In peripheren ländlichen Regionen wird dieser Wandel noch von einer Abwanderung jüngerer qualifizierter Bevölkerungsgruppen verstärkt. Viele Gemeinden sind mit einem wachsenden Bedarf an Versorgungs- sowie außerfamiliären Betreuungsangeboten für ältere GemeindebürgerInnen konfrontiert.

- Im Unterschied zu Städten verfügen ländliche Gemeinden und Regionen über zu wenig Kinderbetreuungsangebote. Eine Ausweitung von Betreuungsangeboten erfordert in ländlichen Regionen die Bereitschaft von Gemeinden, an der Bereitstellung bedarfsorientierter und flexibler Kinderbetreuungsangeboten mitzuwirken.
- Jüngere Menschen wandern aus den ländlichen Regionen ab und kommen als potenziell pflegende Angehörige für ältere Menschen nicht mehr infrage. Der soziale Wandel, sichtbar geworden in der Auflösung traditioneller Solidargemeinschaften wie Großfamilien, stellt Kommunen vor neue soziale Aufgaben. Neben einer wachsenden Anzahl von armutsgefährdeten älteren Menschen, die versorgt werden müssen, geraten immer mehr Gemeinden in schier unauflösbare Finanzierungsdilemmata.

## **3. Schwindende Finanzkraft**

Die Gemeinden sind wichtige öffentliche Investoren. Kleine Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Regionen verlieren Einnahmen durch Abwanderung und Betriebsabsiedlungen. Die undifferenzierte Umverteilung nach dem Modell der „Einheitsgemeinde“ benachteiligt Gemeinden und Städte mit zentralörtlichen Aufgaben, da sie im Verhältnis zu ihren Aufgaben nicht über die entsprechenden Mittel verfügen.

Gemeinden und Städte geraten an den Rand der Finanzierbarkeit ihrer Leistungen:

- Der bestehende Finanzausgleich geht zu ihren Lasten. Während der Bund Anteile am Gesamtbudget gewonnen hat, haben die Gemeinden und Städte durch den Ausfall der Getränkesteuer und durch Zwangsbeiträge zur Mitfinanzierung der Steuerreform Anteile verloren. Damit geht finanzieller Spielraum für Gemeinden und Städte verloren.
- Der bestehende Finanzausgleich führt aufgrund undurchsichtiger Verflechtungen zur ineffizienten Abwicklung von Aufgaben (Verantwortungen, Entscheidungen, Ziele, Ergebnisse sind unklar). So sind Gemeinden zur Co-Finanzierung von Aufgaben gezwungen, ohne Einfluss auf diesbezügliche Entscheidungen bzw. auf die Effizienz der Aufgabenerfüllung nehmen zu können (z. B. Spitalsfinanzierung).
- Gemeinden haben neue Aufgaben übernommen. Und sie sind aufgrund des sozialen und demographischen Wandels gerade im Bereich der Kinder- und Altenbetreuung mit steigenden Anforderungen und Kosten konfrontiert.

#### 4. Sozial- und Gesundheitsversorgung

Grundsätzlich besteht in Österreich eine Ungleichheit in der Versorgung mit Gesundheits- und Sozialangeboten. Dies wird beispielsweise in der Kinderbetreuung, der Betreuung alter Menschen sowie in der Gesundheitsversorgung zwischen städtischen und ländlichen Regionen, aber auch zwischen den Bundesländern sichtbar.

Ein Abbau dieser Ungleichheit ist gleichzeitig mit folgenden Herausforderungen in ländlichen Regionen konfrontiert:

Die demographische Entwicklung und der soziale Wandel führen zu einem wachsenden Bedarf an Betreuung für ältere Menschen, vor allem weil in ländlichen Regionen jüngere Menschen gelten als potenziell pflegende Angehörige, abwandern. In ländlichen Regionen hinkt das Angebot an Kinderbetreuung im Vergleich zu den Städten nach. Eine Ausweitung der Angebote scheitert nicht nur an Kostenfragen, sondern auch an der mangelnden Flexibilität von Gebietskörperschaften für innovative Modelle. Dem Bedarf an einer wohnortnahen und



bedarfsorientierten Gesundheitsversorgung steht eine Politik gegenüber, die das Gesundheitssystem „krank“ spart anstatt eine flexible und effizient organisierte flächendeckende Gesundheitsvorsorge und Krankheitsverhütung als wesentlichen Faktor einer Gesundheitsreform wahrzunehmen. Anstatt das Gesundheitssystem umzubauen, droht die ersatzlose Streichung von Spitälern und Arztpraxen.

## **5. Bildung**

Zugang zu Wissen und erworbene Qualifikation gelten als zentrale Elemente der postindustriellen Wissensgesellschaft. Denn: Wissen und Qualifikation sind zu zentralen Produktionsfaktoren geworden. Sie entscheiden über regionalwirtschaftlichen Erfolg, über Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Schulen, Fachhochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen bilden wichtige Standortfaktoren. Die bestehende Ungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Regionen in der Versorgung mit Bildungseinrichtungen, verstärkt durch Nachteile bei der Versorgung mit den Infrastrukturen der Wissensgesellschaft wie z. B. Breitband, verschärft den Abstand zwischen peripheren Regionen und Ballungsgebieten.

## **6. Die regionale Ebene als „geschlossene Gesellschaft“**

Die lokale politische Kultur entscheidet auch über die Bewältigung neuer Herausforderungen mit. Sie fördert oder behindert diese. Viele Gemeinden nutzen nicht die Potenziale ihrer BürgerInnen. Bei mobilen und qualifizierten Bevölkerungsgruppen besteht tendenziell weniger Interesse an Gemeindepolitik, da sie im Verhältnis zu anderen Gruppen weniger auf kommunale und nahräumliche Angebote angewiesen sind.

Insgesamt lässt die Bindung an eine Gemeinde, d. h. an eine lokale soziale Einbindung nach. Gleichzeitig besteht aber ein Bedürfnis nach Nahraum. Dies verändert die Rahmenbedingungen für das örtliche Gemeinschaftsleben. Denn viele gemeinnützige Leistungen in



Gemeinden – von der Feuerwehr bis zur Wassergenossenschaft – beruhen auf der freiwilligen Leistung von Gemeindegewerkschaften. Gemeinden sind deshalb gefordert, die Erfüllung sozialer und gemeinnütziger Aufgaben, soziale Integration und die Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Lebensraum zu fördern.

Die regionale Ebene bildet eine Herausforderung und eine Chance für gemeinsames (regional) politisches Handeln. Allerdings scheint diese Ebene noch viel zu wenig bewusst und gezielt genutzt zu werden. Es fehlen an vielen Orten Regeln und Rahmenbedingungen für kooperative Planungs-, Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse, und es überwiegt das Konkurrenzdenken – gerade in Stadt-Umland-Gebieten.

Regionale Verbände, Gremien und Strukturen, in denen zukunftsweisende Entscheidungen getroffen und Schwerpunkte gesetzt werden konstituieren sich überwiegend als „geschlossene“, weitgehend männliche Gesellschaften von Bürgermeisterinnen und Vertretern aus Verbänden und Kammern. Sie sind tendenziell intransparent und nicht demokratisch kontrolliert. Es besteht die Gefahr, dass Förderungsprogramme von den beherrschenden Interessen lokaler und regionaler Eliten instrumentalisiert werden. Oft besteht ein Mangel an viel zitierten und geforderten Mut für Neuerungen sowie Innovationen als auch Experimentierfreude. Geschlossene Gesellschaften zur Aufteilung von Mitteln und zur Verteidigung bestehender Interessen bilden in der Regel keine kreativen Milieus.



### **III. Warum gleichstellungsorientierte Regionalpolitik wichtig ist**

In der Gestaltung von Räumen spiegeln sich immer gesellschaftliche Verhältnisse wider. Räumliche Planung ist immer auch Ausdruck von Macht- bzw. von Geschlechterverhältnissen. Regionale Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern sind durch spezifische Geschlechterverhältnisse mitbestimmt. Allerdings gilt nicht die klischeehafte Gleichung: traditionelle Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum bzw. fortschrittliche Geschlechterverhältnisse im städtischen Raum. Denn traditionelle Geschlechterverhältnisse sind ebenso in Städten zu finden. Es gibt jedoch regionale Unterschiede bei geschlechtsspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Und nicht nur allgemeine Politik, sondern auch Regionalplanung und Regionalpolitik nehmen Einfluss auf deren Gestaltung.

**Es geht auch anders:**  
**GenderAlp** – Raumentwicklung für Frauen und Männer

Projektlaufzeit:

2005–2007 mit 12 PartnerInnenstädte und -regionen aus Österreich, Italien, Deutschland, Frankreich und Slowenien (+ 12 Städte und Regionen mit Observerstatus)

Ziele:

Bewusstsein schaffen in den Bereichen Gender Planning (geschlechtergerechte Raumplanung) und Gender Budgeting zur Umsetzung von Gender Mainstreaming  
Wissensdatenbank erarbeiten zu Qualitätsmanagement in Raum-

#### ***Dominante Geschlechterbilder***

Für Frauen sind keine qualifizierten und gut bezahlten Berufe in traditionellen Männerdomänen vorgesehen, sondern typisch „weibliche“ Rollen und Berufe im versorgenden, schlechter bezahlten Dienstleistungsbereich – unter prekären Rahmenbedingungen.

#### ***Weniger qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen***

Frauen sind – nach wie vor – mit der Thematik Kinderbetreuung identifiziert und damit auf „familiensubstituierende Versorgungseinrichtungen“ angewiesen, um Kinder und Beruf miteinander verbinden zu können. In ländlichen Regionen gibt es tendenziell weniger Ausbildungsmöglichkeiten und qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen. Familien sind mit einem Mangel an sozialer Infrastruktur (Kinderbetreuungsangeboten) konfrontiert.

#### ***Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede***

Es gibt regionale Schwankungen in der geschlechtsspezifischen Einkommensschere. Zwischen 1995 und 2000 hat sich die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen sowie die Arbeitslosenquote von Frauen in vielen Regionen Österreichs erhöht – ein Faktum,



das von Regionalplanung und Regionalpolitik nicht reflektiert wird. In einer männlich dominierten großbetrieblichen Industriestruktur mit branchen- und geschlechtsspezifischen Einkommensmustern ist diese Schere übrigens größer als in ländlichen Regionen. Eine differenzierte Betrachtungsweise muss außerdem die unterschiedlichen Durchschnittseinkommen zwischen den Regionen berücksichtigen.

### ***Jüngere qualifizierte Frauen wandern aus ländlichen Regionen ab***

Jüngere Frauen, die in ländlichen Räumen leben, sind oft besser ausgebildet als jüngere Männer. Aufgrund des Mangels an adäquaten Arbeitsplätzen und an unterstützenden Rahmenbedingungen wandern mobile qualifizierte jüngere Frauen in die Zentren ab.

### ***Männer pendeln aus, Frauen bleiben in der Region***

Wenn Erwerbspendeln von Männern zunimmt, bleiben Frauen mit den familiären Verpflichtungen in den ländlichen Regionen zurück. Diese Zentralisierungstendenzen bedeuten die Schwächung von Regionen und gehen zu Lasten der Personen, die das soziale Leben in den Gemeinden selbst tragen.

Ländliche Regionen sind durch eine stärkere Dominanz des Männeranteils am regionalen Arbeitsmarkt geprägt. So betrug im Jahr 2004 der Männeranteil am Arbeitsmarkt im Bundesland Salzburg im Durchschnitt 60 %, wobei es regionale Unterschiede gibt: In der Stadt Salzburg ist der Anteil geringer, im Stadt-Umland höher.

### ***Geschlechertypische Aufteilung der Wirtschaft***

Zusammenfassend wird folgendes Muster in der Wirtschaftsstruktur deutlich: Einem männlich dominierten exportorientierten Produktionssektor steht ein binnenorientierter, regional versorgender, weiblich dominierter Dienstleistungssektor gegenüber.

Althergebrachte „Frauenbilder“ und fehlende Problemwahrnehmung sind die Folge: Regionalpolitik und -planung verstärken geschlechtsspezifische Benachteiligungen, statt sie abzubauen. So gelten Frau-

planung und öffentlichen Haushalten unter Berücksichtigung der Gender-Mainstreaming-Strategie Erfahrungsaustausch und gute Praxisbeispiele über Gender Mainstreaming, Gender Planning und Gender Budgeting zwischen den PartnerInnen

en weniger als Potenzial denn als Problem – als schlecht qualifizierte Problemgruppe des Arbeitsmarkts. Traditionelle Frauenbilder und Rollenzuschreibungen und mangelnde geschlechtersensible Wahrnehmung in der Regionalplanung und -politik führen letztlich dazu, dass viel kreatives und innovatives Potenzial für Regionen nicht genutzt wird. Nicht zuletzt deshalb wandern jüngere qualifizierte Frauen aus ländlichen Regionen ab.

Planerische und regionalpolitische Interventionen und Neuerungen forcieren männerdominierte Arbeitszusammenhänge. Beispiel: Erwerbsbezogene männliche Pendelachsen werden gestärkt, oder für Männer werden gut bezahlte, massiv geförderte Jobs im High-Tech-Produktionsbereich geschaffen.

### ***Frauen sind bei Planungs- und Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert***

Dies äußert sich in männlich dominierten Gremien, Foren und Verbänden auf regionaler Ebene (z. B. zur Abwicklung von EU-Förderprogrammen). Es verwundert kaum, dass in raum- und regionalentwicklungsrelevanten Planungen, Leitbildern und Programmen eine geschlechtsspezifische Sichtweise weitgehend fehlt. So gibt es im österreichischen Raumentwicklungskonzept sowie in Landesprogrammen kaum bzw. keine expliziten geschlechtsspezifischen Aussagen.



## **IV. Eine andere Politik für Regionen ist möglich**

### **Grünes Umlenken**

#### **Für Nahversorgung**

Ein Umlenken für Nahversorgung ist möglich. Allerdings erfordert dies ein Bündel an ordnungspolitischen und steuernden Maßnahmen sowie an lokalen wie überregionalen Rahmenbedingungen.

Dazu zählen im Wesentlichen:

- Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung: Kompakte Siedlungen mit öffentlichem Personennahverkehrsanschluss (ÖPNV) reduzieren nicht nur den motorisierten Individualverkehr (MIV), sie erleichtern auch die Schaffung von Nahversorgungsangeboten.
- Interkommunale Kooperation bei Standortentwicklung und Raumordnung erleichtert auch eine gezielte und koordinierte Planung von Versorgungseinrichtungen (z. B. durch Parteienstellung von Nachbargemeinden und Abstimmungsgebot bei Großbauvorhaben).
- Kommunalabgaben von großen Handelsbetrieben kommen nicht nur der Standortgemeinde, sondern auch einem überregionalen Nahversorgungsfonds zugute (als eine Form des interkommunalen Finanzausgleichs).
- Einkaufszentren zahlen eine Flächenverbrauchs- und Verkehrserregerabgabe nach dem Verursacher- und Kostenwahrheitsprinzip an das Land (nicht an die betroffene Gemeinde) und stellen damit Mittel für Nahversorgungsförderung zur Verfügung.
- Konsequente raumordnungspolitische Maßnahmen regeln die Errichtungsbedingungen (Obergrenzen, Bedarf) für Einkaufszentren.
- Innovative Vermarktungsprojekte sowie Organisationsmodelle sichern Nahversorgung auch in kleineren Gemeinden.



### ***Für Förderung von arbeitsschaffenden Klein- und Mikrounternehmen***

Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Versorgungsmöglichkeiten in Regionen und Gemeinden bedarf einer Politik, die arbeitsschaffende Klein- und Mikrobetriebe mit entsprechenden Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten unterstützt. Dafür werden folgende Maßnahmen als zukunftsweisend erachtet:

- **Steuerliche Entlastung:** Eine Steuerreform verschiebt die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit auf Kapitaleinkommen, Vermögen, Spekulationsgewinne sowie auf Energieverschwendung (Prinzip der Abgabengerechtigkeit und Steuergerechtigkeit bzw. aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform). Darüber hinaus gibt es vor allem für Klein- und Mikrobetriebe steuerliche und gewerberechtliche Vereinfachungen.
- **Förderung von Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mikrounternehmen (Qualifizierung, Strategiekompetenz):** Aufgrund höherer Risiken (Fehlen einer Arbeitslosenversicherung u. dgl.) für Mikrobetriebe dienen spezifische Versicherungsmodelle für Krisenfälle oder Notfallfonds einer besseren sozialen Absicherung.

### ***Für Begrenzung des Transitverkehrs – Entlastung der Anrainergemeinden***

Eine Politik der Vermeidung und Begrenzung des Lkw-Transitverkehrs beruht auf Strategien und Instrumenten auf verschiedenen Ebenen:

- Eine Ökologisierung des Steuersystems, wie zum Beispiel durch eine aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform, belastet den Energieverbrauch und macht so Lkw-Transporte weniger attraktiv.
- Die Alpenkonvention als internationale Vereinbarung für einen ökologisch besonders sensiblen Raum ist bereits geltendes Recht. Aufgrund der Alpenkonvention können keine neuen hochrangigen Verkehrsrouten mehr im Geltungsgebiet errichtet werden. Dies gilt zum Beispiel für das Autobahnprojekt Alemagna (Venedig–München).

- Eine ökologische Weiterentwicklung des Mautsystems, z. B. durch eine so genannte leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, verteuert den Güterverkehr auf allen Straßen. Ein derartiges Modell wird bereits in der Schweiz praktiziert. Grundlage für die Bemautung muss eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach dem Prinzip der Kostenwahrheit und eine Schlechterstellung ökologisch unzeitgemäßer Fahrzeuge sein.
- Der Langstreckenverkehr mit Waren wird konsequent auf die Schiene verlagert. Dafür werden alle erforderlichen Voraussetzungen geschaffen.

### ***Für Zukunftsfähigkeit von Tourismusregionen durch Naturschutz, Qualität, weniger Verkehr***

- **Naturschutz statt Neuerschließung:** Sowohl eine konsequente Umsetzung der Vorgaben der Alpenkonvention als auch die gezielte Anwendung und Nutzung von Programmen und Instrumenten des Naturschutzes bilden eine wichtige Basis für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Tourismusregionen. Unberührte, aber durch potenzielle Erschließung gefährdete Gebiete werden durch konsequenten Naturschutz erhalten. Schutzgebietsbetreuung schafft Akzeptanz in der Bevölkerung als auch bei den Gästen und bildet ein innovatives Element für Regionalentwicklung.
- **Vermeidung flächenintensiver Tourismusnutzung:** Regionen mit nur wenig verfügbarem Siedlungsraum und großer Flächennutzungskonkurrenz vertragen keinen flächenintensiven Tourismus. Daher werden Endausbaugrenzen (touristisch, energiewirtschaftlich, verkehrsmäßig) festgelegt, die Errichtung von Golfanlagen beschränkt und „Ruhegebiete“ als Ergänzung zu besonders intensiv genutzten Räumen definiert.
- **Qualitätsorientierung:** Österreich zählt zu den tourismusintensivsten Ländern der Welt. Nur ein Umdenken in Richtung

#### **Zu Natura 2000**

Österreich ist mit dem Beitritt zur EU die Verpflichtung eingegangen, ein europaweites Schutzgebietssystem mit einheitlichen Kriterien für bedrohte Tier- und Pflanzenarten und für seltene Lebensräume gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten aufzubauen. Von der Europäischen Union wurden zwei Richtlinien erlassen, die in das Schutzgebietssystem Natura 2000 einzugliedern sind: Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie. Österreich hat Anteil an der alpinen und kontinentalen Region des Natura 2000-Systems und meldete im Jahr 2005 212 Natura 2000-Gebiete nach Brüssel. In den kommenden Jahren ist jeder Mitgliedsstaat verpflichtet, eigens für jene nominierten Natura 2000-Gebiete Erhaltungsmaßnahmen in Form von Managementplänen vorzusehen. Der Schutz unserer Naturwerte ist somit nicht mehr nur eine Landesangelegenheit, sondern auch eine europäische.

Der Verein „Murecker Schiffsmühle“ hat am Standort der alten Mühle die neue Mürmühle nachgebaut. Sie kann pro Stunde 150 kg Getreide vermahlen. Um den biologischen Landbau zu fördern, wird ausschließlich biologisches Getreide verwendet. Der Mühlenhof, das Restaurant neben der Schiffsmühle, gibt 10 Angestellten einen Arbeitsplatz. Die Weine und die Lebensmittel werden von den umliegenden Bauern bezogen. Dies erhöht die regionale Wertschöpfung.

[www.schiffsmuehle.at](http://www.schiffsmuehle.at)



Foto: Mühlenhof der Murecker Schiffsmühle, Roland Hirtenfelder

Qualitätsstrategien sichern auch die Zukunftsfähigkeit des Tourismus. Das Fremdenverkehrsangebot wird nicht mehr weiter ausgebaut, sondern konsolidiert. Wachstumsspiralen und eine „automatisierte Engpassüberwindung“ bei der Tourismusinfrastruktur werden vermieden. Auf zusätzliche großtechnische Erschließungen und auf eine weitere Verdichtung der Freiraumaktivitäten wird – zugunsten der Attraktivitäts- und Qualitätssteigerung des Angebots – verzichtet.

- **Wege zum autofreien Tourismus:** Mehr Urlauberqualität durch weniger Autoverkehr, dafür gibt es bereits Leitlinien und Maßnahmen wie zum Beispiel Verbesserung des öffentlichen Verkehrs (Bus, Bahn), Radwege und Fußgängerzonen, Verbesserung der Logistik im Wirtschafts- und Lieferverkehr, Tür-zu-Tür-Gepäckskonzepte. Für autofreien Tourismus und auch Förderung ÖPNV-basierter Tourismuskonzepte existieren bereits eine Reihe funktionierender Modelle.

### ***Für nachhaltige Raumentwicklung zur Sicherung der Lebensqualität in Stadt-Umland-Gebieten***

Die Sicherung der Lebensqualität in Stadt-Umland-Gebieten bzw. in Ballungsräumen sowie der Schutz von Grün- und Freiräumen ist von einem Bündel gestaltender und steuernder Strategien und Maßnahmen abhängig: Die Leitidee der „nachhaltigen“ Stadt orientiert sich an der Reduktion von Verkehr sowie von Flächen- und Ressourcenverbrauch.

Die Errichtung von Versorgungseinrichtungen (Einkaufszentren u. dgl.) sowie von Freizeitprojekten wird durch eine konsequente ökologische Standort- und Bedarfsprüfung kontrolliert und begrenzt. Eine koordinierte Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturplanung erleichtert die Forcierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Mobilitätsmanagement hilft, den Verkehr zu verringern und die Mobilität der Menschen zu erhöhen. So gibt es viele Wege, die mit dem Auto zurückgelegt werden, aber auch mit dem ÖPNV, zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt werden können.

Gezielte Abgaben und Steuern unterstützen Mobilitätsmanagement (z. B. Verkehrserregerabgaben).

- Grün- und Freiflächen enthalten wichtige Funktionen. Sie dienen der Naherholung, erhalten die Bio-Diversität aufrecht, haben ökologische Funktionen. Gerade aufgrund des enormen Flächendrucks in dynamischen Stadt-Umland-Gebieten ist es wichtig, Grün- und Freiräume gezielt zu sichern. Landschaftskonzepte werden explizit Teil von örtlichen und regionalen Raumentwicklungskonzepten.
- Die Gestaltbarkeit für mehr Lebensqualität sowie Umwelt- und Naturschutz hängt von der Handlungsfähigkeit von Stadtregionen (Gesamtheit von Kernstadt und Umlandgemeinden) ab. Sie entwickeln gemeinsam Rahmenbedingungen und Instrumente für die kooperative Planung und Bewältigung gemeinsamer Aufgaben und Herausforderungen im Bereich der Raumordnung, Siedlungs-, Infrastruktur- und Standortpolitik.

### ***Für Gesamtökologisierung der Politik im ländlichen Raum***

Die vielfältigen Leistungen, Funktionen und Wirkungen, die der Land- und Forstwirtschaft zugeschrieben werden, sind bekannt: Neben der Erzeugung und Veredelung von Lebensmitteln und Rohstoffen (Holz als bedeutendes Exportprodukt) dient Land- und Forstwirtschaft der Sicherung von Naturressourcen, der Erhaltung von Infrastruktur und der Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern. Zusätzlich wird zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft diese als heimische „Identitätsressource“ und als Landschaftskapital des österreichischen Tourismus genutzt.

Ziel einer Reform der Agrarpolitik muss eine Wende zu einer ökologisch orientierten nachhaltigen Landwirtschaft sowie eine dementsprechende Ausrichtung der gesamten damit verbundenen Institutionen (Forschung, Beratung, Qualifizierung) sein.

Zwar gibt es in Österreich innerhalb der EU den größten Anteil an biologisch wirtschaftenden Betrieben. Biologische Produkte gibt es nicht allein auf Bauernmärkten, sondern auch in Supermärkten. Entscheidend wird jedoch sein, dass bäuerliche Betriebe durch biologische



Produktion eine höhere Wertschöpfung erzielen können. Aber nicht nur Spezialisierung und Qualitätsproduktion sind entscheidend, sondern auch neue Vermarktungsstrategien und Organisationsmodelle: Die Stärkung von Direktvermarktung und regionaler Vermarktung von Qualitätsprodukten spielt eine besondere Rolle für die Sicherung der Wertschöpfung bäuerlicher Betriebe. Die Zusammenarbeit mit dem regionalen Handel, mit Tourismusbetrieben und Angebote wie Urlaub auf dem Bauernhof stärken die regionalen Strukturen.

### ***Für verbesserten Zugang zu Bildung und Wissen***

Qualifikation (in) der Region und Zugang zu Wissen und Information entscheiden mehr denn je über regionalwirtschaftlichen Erfolg, über Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Eine Verringerung der Ungleichheiten ist durch Dezentralisierung im postsekundären Bereich möglich – etwa in weiterführenden Bildungsangeboten wie Fachhochschulen, Erwachsenenbildung, Kollegs, Universitäten und Akademien.

### ***Für gleichstellungsorientierte Regionalplanung***

Regionalpolitik muss an der Gleichstellung der Geschlechter aus mehreren Gründen interessiert sein: So kann der in österreichischen Regionen verbreiteten „Gründungsschwäche“ durch eine stärkere Förderung von Unternehmensgründungen von Frauen im produktionsnahen Dienstleistungsbereich begegnet werden. Wenn man davon ausgeht, dass Regionen Veränderungen brauchen, dann stellen gerade Veränderungen im Bereich der Geschlechterbeziehungen einen wichtigen innovativen Impuls mit ökonomischen Auswirkungen dar.

Weltweit ist nachzuweisen, dass der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen und die Höhe des BIP positiv miteinander korrelieren. Laut Weltbank gilt auch weltweit, dass die Wirtschaftsentwicklung umso dynamischer verläuft, je geringer die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist.

Alle vorliegenden Untersuchungen weisen darauf hin, dass ein Schließen der geschlechterspezifischen Einkommensschere nicht nur eine



faire Anerkennung der Arbeit, die Frauen leisten, bedeutet. Es ist auch gut für die Regionen: Es ermöglicht Frauen, ihr volles Potenzial in den Erwerbsbereich einzubringen. Es reduziert regionale Verarmungsprozesse und die damit verbundenen sozialen Probleme. Und es bereichert die Regionen um jene innovativen und handlungsorientierten Ansätze, die von Frauen eingebracht werden.

Eine gleichstellungsorientierte Gestaltung von Lebens- und Arbeitsräumen bedeutet:

- dass eine Verkehrsinfrastruktur, die sich an der nicht motorisierten Bevölkerung orientiert, forciert wird (Siedlungs- und Arbeitsplatzentwicklung mit ÖPNV-Anschluss)
- dass Siedlungen mit gemischten Funktionen (Wohnen und Arbeiten) und mit entsprechenden Versorgungsangeboten, unterstützenden Einrichtungen und Netzwerken entwickelt werden
- dass regionalpolitisch relevante Planungs- und Entscheidungsprozesse durch den Aufbau einer geschlechterdifferenzierten Datenbasis unterstützt werden
- dass die Beteiligung von Frauen an Planungs- und Entscheidungsprozessen signifikant erhöht wird
- dass Gender-Beauftragte und Netzwerke auf lokaler und regionaler Ebene frauen- bzw. gleichstellungsorientierte Anliegen unterstützen
- dass autonome Frauenprojekte für Qualifizierung, Managements, Vernetzung und innovative Prozesse gestärkt werden
- dass Gender Budgeting als Instrument geschlechter-gerechter Budgetgestaltung in Gemeinden flächendeckend eingesetzt wird



### ***Für aufgabenorientierte Stärkung der Finanzkraft von Gemeinden und Städten***

Eine Stärkung der Finanzkraft Gemeinden und Städten bildet die Basis für eine angemessene Erfüllung ihrer Aufgaben. Dies erfordert eine Reform des Verteilungsschlüssels im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden und Städte bzw. eine Erhöhung des Anteils am Gesamtabgabenertrag. Allerdings kann eine undifferenzierte Stärkung sowie Umverteilung von Mitteln nicht allein das Ziel sein. Es bedarf auch einer Neuorientierung und neuer Kriterien.

Dazu zählen zum Beispiel:

- **Prinzip der „Konnexität“:** die Einheit von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung und die Entflechtung von Finanztransfer und Zuständigkeiten
- **Aufgabenorientierung:** Da Gemeinden unterschiedliche Aufgaben erfüllen – Basisaufgaben, zentralörtliche Aufgaben usw. –, ist ein abgestufter Schlüssel für die Zuweisung von Mitteln aus dem Finanzausgleich erforderlich, damit die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gewährleistet werden kann.

### ***Für Förderung interkommunaler Kooperationen***

Die Einnahmenbeschaffung über die Kommunalsteuer bewirkt einen Standortwettbewerb zwischen Gemeinden um Unternehmen, Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturen.

Für die Erleichterung und Förderung von Kooperationen werden rechtliche Rahmenbedingungen und Anreize gegeben. Besondere Formen des interkommunalen Finanzausgleichs ermöglichen Investitionen in gemeinsame Infrastrukturen. Die kooperationsfeindliche Kommunalsteuer wird durch eine andere Art der Einnahmen und Besteuerung ersetzt. Bedarf an interkommunaler Koordination und Kooperation gibt es zum Beispiel in folgenden Bereichen:

- In der Raum-, Standort- und Infrastrukturplanung: Kooperative Planung von Gemeinden ermöglicht nachhaltige Raumordnung sowie Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung.

- In der Organisation und Finanzierung gemeinsamer Technologie-, Gewerbe- und Innovationsgebiete – deren Finanzierung wird durch einen interkommunalen Finanzausgleich geregelt.
- In der Organisation von Nahversorgungsangeboten, die durch Verkehrserregerabgaben (eingezahlt in einen Nahversorgungsfonds) über einen interkommunalen Finanzausgleich finanziert werden.
- bedarfsorientierte flexible Kinder- und Altenbetreuungsangebote in dünner besiedelten, ländlichen Regionen
- regionale Organisation des ÖPNV-Verkehrs (z. B. Knotenpunkt-konzepte, Tälerbussysteme)



## **V. Zukunftsfähige Regionen**



### ***Nachhaltige und eigenständige Regionalentwicklung***

In einer Region sollen nicht nur Rohstoffe erzeugt, sondern auch zu Produkten weiterverarbeitet werden. Dies führt zur Reduktion von Transportwegen, zur Reduktion von Energie- und Ressourcenverbrauch und zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Im Bereich der Landwirtschaft und der Energieproduktion zeigten diese Strategien bereits Erfolge. Der Grundgedanke, in einer Region nicht nur Rohstoffe zu erzeugen, sondern diese auch dort weiterzuverarbeiten und zu veredeln ist identisch mit der Idee der „eigenständigen Regionalentwicklung“: Regionalentwicklung als Entwicklungsstrategie eines Netzwerks regionaler Akteure gegenüber überregionaler sowie globaler Marktmacht gestaltete sich in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem immer wichtiger werdenden Faktor in der Regional- und Wirtschaftspolitik.

Im Mittelpunkt eigenständiger Regionalentwicklung steht die kooperative Nutzung vorhandener Stärken.

### ***Standortsysteme und Netzwerke entwickeln***

Im Mittelpunkt stehen nicht einzelne Unternehmen, sondern ebenso die Entwicklung regionaler Netzwerke und Standortsysteme auf der Grundlage vorhandener regionaler Potenziale (Unternehmen, Qualifikationen, Infrastruktur). Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können sich nur große Unternehmen oder flexible Netzwerke von kleinen Unternehmen, eingebettet in ein förderndes Umfeld, durchsetzen.

Bekanntester Ausdruck für diese Entwicklungsstrategie sind „Cluster“ oder im Bereich des Tourismus „Destinationen“, d. h. die gezielte und regional abgestimmte Förderung regional verankerter wirtschaftlicher Stärkefelder. Cluster-Politik ist ein wichtiger und erfolgreicher Bestandteil der österreichischen Wirtschafts- und Regionalpolitik geworden. Inzwischen ist die Netzwerk- und Cluster-Philosophie zum Leitbild, teilweise zur Mode geworden.

## ***Eine neue politische Kultur wagen – mehr Demokratie und Beteiligung zur Nutzung kreativer Potenziale***

- Der soziale Wandel in Gemeinden erfordert soziale Integration, BürgerInnenbeteiligung und Verantwortung für die Bewältigung sozialer und ökologischer Aufgaben und die Gestaltung von Lebensbedingungen in Gemeinden. Dafür braucht es geeignete gemeinnützige Organisationen, freiwillige Arbeit und nichtmonetären Austausch von gemeinnützigen Leistungen. Sozialintegrative, beteiligungsorientierte Projekte zur Bewältigung sozialer Aufgaben und der Gestaltung von Lebensqualität in Gemeinden benötigen partnerschaftliche Modelle der Förderung und Finanzierung. Eine intelligente Entwicklung von BürgerInnenbeteiligung und „drittem Sektor“ in Gemeinden und Regionen fördert Gefühle der Zugehörigkeit und der Ermutigung.
- Good Governance meint die Entwicklung von Beteiligungsmodellen für BürgerInnen. Die Bevölkerung wird dabei in Planung und Entscheidung von Verkehrs- und Nahversorgungsfragen miteinbezogen. Naturschutz und Verbesserung der Lebensqualität sind ebenso Gegenstand von Good-Governance-Projekten wie sozial- und sicherheitspolitische Aspekte des Zusammenlebens in den Kommunen und Regionen.
- Ein besonderes Beispiel bildet die partizipative Budgetgestaltung. Die Erstellung des Budgets erfolgt unter Beteiligung von BürgerInnen einer Gemeinde. Dies verändert Prioritäten und Schwerpunkte.
- Mit einer offenen und demokratischen Gestaltung wird verhindert, dass regionale Eliten regionalpolitische Gremien und Einrichtungen im Sinne ihrer Interessen instrumentalisieren und monopolisieren. Eine offene und demokratische Gestaltung regionaler Strukturen und Prozesse schöpft das Potenzial einer Region um Lichtjahre besser aus.



## *Links*

[www.gruene.at](http://www.gruene.at)

[www.gbw.at](http://www.gbw.at)

[www.bauern.gruene.at](http://www.bauern.gruene.at)

[www.gruenewirtschaft.at](http://www.gruenewirtschaft.at)

[www.berggebiete.at](http://www.berggebiete.at)

[www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de](http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de)

[www.ecology.at/index.php](http://www.ecology.at/index.php)

[www.nachhaltigkeit.at](http://www.nachhaltigkeit.at)

[www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm)

[www.europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index_de.htm)

[www.leader-austria.at/network](http://www.leader-austria.at/network)

[www.oear.at](http://www.oear.at)

[www.zsi.at](http://www.zsi.at)

[www.Lebensraummitzukunft.at](http://www.Lebensraummitzukunft.at)

[www.alpenkonvention.org](http://www.alpenkonvention.org)

[www.soft-mobility.com](http://www.soft-mobility.com)

[www.vcoe.at](http://www.vcoe.at)

[www.transitforum.at](http://www.transitforum.at)

[www.alpenverein.or.at](http://www.alpenverein.or.at)

[www.la21wien.at/Plone](http://www.la21wien.at/Plone)



## **Epilog**

Im grünen Diskurs fand und findet ein bewusster Umgang mit dem vielschichtigen Begriff „Region“ statt: Aus ökologischer Sicht sind „Dezentralität“ und „Kleinheit“ erwünscht; aus einem progressiven Verständnis gilt jedoch „das Regionale“ oft als „provinziell“ und damit als politisch verdächtig. Es wird vorwiegend mit einem konservativ-ländlichen Milieu, mit Anti-Modernismus oder mit einer naiven „small is beautiful“-Romantik gleichgesetzt.

Wir haben uns in drei "Regionenforen" und vielen Einzelgesprächen mit ausgewiesenen ExpertInnen und erfahrenen PraktikerInnen zusammengesetzt. Dabei hat uns das oft verdächtige, als konservativ denunzierte Land, die „Provinz“ mit ihren Dörfern, Gemeinden und Kleinstädten mit alpinen Gebieten und Grenzregionen ebenso interessiert wie die „überfahrene“ Region und die Stadt. Daraus sind die Langfassung des Regionenreports (Download: [www.gruene.at](http://www.gruene.at)) und die vorliegende Broschüre entstanden.

Für die Zukunft schwebt uns vor, dass „die Region“ nicht zur Ersatzutopie für verloren gegangene „große Erzählungen“ verkommt, sondern zu jenem Ort wird, an dem gleiche Rechte für Frauen und Männer, politische Teilhabe und die „Erzählung vom guten Leben“ in die Tat umgesetzt werden können.



[www.gruene.at](http://www.gruene.at)

[www.gbww.at](http://www.gbww.at)